

Pies, Ingo

Working Paper

Was gefährdet die Demokratie? Eine kritische Stellungnahme zur Kapitalismusdebatte in Deutschland

Diskussionspapier, No. 2005-7

Provided in Cooperation with:

Martin Luther University of Halle-Wittenberg, Chair of Economic Ethics

Suggested Citation: Pies, Ingo (2005) : Was gefährdet die Demokratie? Eine kritische Stellungnahme zur Kapitalismusdebatte in Deutschland, Diskussionspapier, No. 2005-7, ISBN 3-86010-789-5, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik, Halle (Saale), <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:gbv:3:2-4787>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/170257>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Lehrstuhl für Wirtschaftsethik **Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg**

Diskussionspapier Nr. 05-7

Ingo Pies

**Was gefährdet die Demokratie? – Eine kritische
Stellungnahme zur Kapitalismusdebatte in Deutschland**

Herausgegeben vom Lehrstuhl für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und
der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Stiftung Leucorea in der Lutherstadt Wittenberg



Haftungsausschluss

Diese Diskussionspapiere schaffen eine Plattform, um Diskurse und Lernen zu fördern. Die Herausgeber teilen daher nicht notwendigerweise die in diesen Diskussionspapieren geäußerten Ideen und Ansichten. Die Autoren selbst sind und bleiben verantwortlich für ihre Aussagen.

ISBN 3-86010-789-5
ISSN 1612-2534

Autorenanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Korrespondenzanschrift

Prof. Dr. Ingo Pies
Lehrstuhl für Wirtschaftsethik
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Große Steinstraße 73
06108 Halle
Tel.: +49 (0) 345 55-23420
Email: ingo.pies@wiwi.uni-halle.de

Was gefährdet die Demokratie? – Eine kritische Stellungnahme zur Kapitalismusdebatte in Deutschland¹

von Ingo Pies

Die aktuelle Kapitalismusdebatte in Deutschland arbeitet mit moralischen Schuldzuweisungen. Das Ergebnis ist eine Kombination von hohem Empörungsaufwand und niedrigem Erkenntnisertrag.

Im Folgenden geht es darum, nicht innerhalb dieser facettenreichen Debatte Partei zu ergreifen, sondern zu ihr konstruktiv – d.h. kritisch – Stellung zu nehmen. Die Argumentation setzt ein mit einer Situationsbeschreibung (1) und zeigt dann ein Muster auf, wie Politiker auf diese Situation öffentlich zu reagieren versuchen (2). Die für Deutschland mittlerweile typische Diskrepanz zwischen dem eigentlichen Sachproblem und seiner öffentlichkeitswirksamen Thematisierung (3) wird ausführlich am Beispiel der Auseinandersetzung über die Gehälter der Manager illustriert (4). Vor diesem Hintergrund erfolgt abschließend eine Stellungnahme zu der eigentlichen Kernfrage der Kapitalismusdebatte, durch was – nicht: durch wen! – die Demokratie gefährdet wird (5).

1. Diagnose: Systemkrise

Deutschland befindet sich in einer Doppelkrise. Zwei Symptome sind augenfällig. Die öffentlichen Finanzen laufen aus dem Ruder. Und der Arbeitsmarkt funktioniert nicht so, dass Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Beide Symptome hängen eng zusammen: Arbeitslosigkeit führt zu massiven Ausgabensteigerungen und Einnahmehausfällen bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie in den Systemen sozialer Sicherung.² Und die hohe Belastung durch Steuern sowie Abgaben, die einen Keil zwischen Brutto- und Nettolohn treiben, preist insbesondere niedrig qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Markt. Ihre Produktivität reicht einfach nicht aus, so hohe Bruttolöhne zu verdienen, dass nach Abzug der Steuern und Abgaben wesentlich mehr übrig bliebe als das sozial garantierte Existenzminimum. Für viele lohnt sich daher legale Arbeit nicht.³

¹ Eine gekürzte Fassung dieses Beitrags (Text unverändert, aber ohne Fußnoten, Literaturangaben und Anhänge) erscheint in: Wirtschaftsdienst. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 85. Jahrgang 2005, Heft 6, S. 354 ff.

² Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) berechnet regelmäßig die gesamtfiskalischen Kosten der registrierten Arbeitslosigkeit. Diese beliefen sich 2004 auf 85,7 Mrd. Euro (siehe Anhang 1): Hiervon entfielen rund 54% auf unmittelbare Ausgabensteigerungen, vor allem für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen gingen mit rund 46% in die Rechnung ein. Von den 2004 angefallenen gesamtfiskalischen Kosten trug die Bundesanstalt für Arbeit (BA) 36%, Bund, Länder und Gemeinden trugen insgesamt 44%. Der Rest entfiel auf die Rentenversicherung (RV), die Krankenversicherung (KV) und die Pflegeversicherung (PV). Für Einzelheiten des Berechnungsverfahrens vgl. Bach und Spitznagel (2003).

³ Vgl. Anhang 2: Arbeitnehmer orientieren ihr Arbeitsangebot am Konsumentenlohn, also an der Kaufkraft, die ihnen nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben vom Lohn bzw. Gehalt übrig bleibt. Im Gegenzug orientieren Unternehmen ihre Arbeitsnachfrage am Produzentenlohn, also an den gesamten Bruttoarbeitskosten. Zusätzlich zum Lohn bzw. Gehalt gehören hierzu die tariflichen und betrieblichen Lohnnebenkosten sowie die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. In Deutschland sind die Konsumentenlöhne zwischen 1991 und 2003 real lediglich um 5% gestiegen, während die Produzentenlöhne im gleichen Zeitraum um 20,6% zunahmen. Vgl. Sachverständigenrat (2003; Schaubild 70 und den zugehörigen Text, S. 367). Dies bedeutet, dass der Produktivitätsfortschritt von den gestiegenen Sozialabgaben fast vollständig absorbiert wurde, so dass kaum noch etwas übrig blieb, um die Kaufkraft der Arbeitnehmer zu steigern. Dass dies ein Problem insbesondere für jene Arbeitnehmer darstellt, die über eine geringe oder gar keine berufliche Bildung verfügen, zeigt ein Blick auf die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten. Vgl. hierzu Reinberg und Hummel (2003).

Dieses Doppelproblem ist struktureller Natur. Etwaige Hoffnungen, es durch eine bessere Konjunktur zu lösen, sind deshalb trügerisch. Trügerisch ist auch die Hoffnung auf Wachstum. In Wirklichkeit ist Deutschland mit den bestehenden Institutionen nämlich gar nicht mehr in der Lage, für ein so hohes Wachstum zu sorgen, dass für die inländischen Arbeitnehmer spürbar mehr Beschäftigung entsteht. Die Kausalität hat sich umgedreht: Deutschland braucht weniger Arbeitslosigkeit, damit Wachstum wieder möglich wird und mit steigender Beschäftigung auch die öffentlichen Finanzen gesunden.

Die diagnostizierte Doppelkrise lässt sich also nicht prozesspolitisch, sondern nur ordnungspolitisch bewältigen. Anders formuliert: Innerhalb des jetzigen Spiels – unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen – sind die Probleme auch durch noch so intelligente Spielzüge nicht mehr zu lösen. Die Systemkrise lässt sich nur institutionell überwinden. Man muss Spielregeln ändern und versuchen, grundlegend verbesserte Spiele zu spielen. Sonst endet Deutschland in dem von vornherein vergeblichen Versuch, Wasser mit Sieben zu schöpfen oder ein Fass ohne Boden zu füllen.

2. Moralisierende Reaktionsmuster

In der Öffentlichkeit wird oft leidenschaftlich darüber diskutiert, wer denn nun schuld sei an der Arbeitslosigkeit. Politiker beteiligen sich an solchen Debatten vor allem im Modus des Entlastungsangriffs. Insgesamt lassen sich drei moralisierende Argumentationsmuster beobachten: Je nach Parteibuch wird das Problem den Arbeitslosen, den Gewerkschaften oder den Unternehmen zugeschrieben, die jeweils für ihr vermeintlich verantwortungsloses Verhalten kritisiert werden.

Typisch für das erste Argumentationsmuster ist die Faulenzerdebatte. Ihr Motto lautet: Die Arbeitslosen sind schuld an der Arbeitslosigkeit. Sie handeln verantwortungslos gegenüber der Gesellschaft, wenn sie sich im sozialen Netz wie in einer Hängematte einrichten. „Missbrauch des Sozialsystems“ ist das zentrale Stichwort dieser Diskussion.

Folgende Fragen werden bei solchen Schuldzuweisungen üblicherweise ausgeblendet: Will man es einem Familienvater wirklich verübeln, dass er lieber arbeitslos bleibt, wenn er durch Aufnahme einer Arbeit reale Einkommenseinbußen erleiden würde? Ist es angesichts der hohen Transfer-Entzugsraten nicht vielmehr rational und gegenüber der eigenen Familie sogar äußerst verantwortungsbewusst, sich so zu verhalten? Was also konstituiert den moralischen Skandal: das Verhalten *innerhalb* einer solchen Situation – oder vielmehr die *Situation* selbst, also der Missstand, dass Menschen in Deutschland solch perversen Anreizen ausgesetzt werden?

Typisch für das zweite Argumentationsmuster ist die Gewerkschaftsschelte. Ihr Motto lautet: Die Interessenvertretung der Kernbelegschaften ist schuld an der Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften bedienen nur ihre Klientel und handeln verantwortungslos gegenüber der Gesellschaft, wenn sie über hohe Lohnforderungen Rationalisierungsdruck ausüben, dem die Randbelegschaften zum Opfer fallen.

Folgende Fragen werden bei solchen Schuldzuweisungen üblicherweise ausgeblendet: Sitzen die Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen allein am Tisch? Will man von einer Organisation wirklich verlangen, die Interessen ihrer Mitglieder nicht zu vertreten? Kann man das ausgerechnet unter Berufung auf die moralische Kategorie der Verantwortung? Durch welche gesetzlichen Regelungen, angefangen vom Arbeitsrecht über die Sozialversicherung

bis hin zum Tarifrecht, werden die Rahmenbedingungen definiert, die den Gewerkschaften Anreize geben, sich so zu verhalten, wie sie es tun?

Typisch für das dritte Argumentationsmuster ist die Unternehmensschelte. Ihr Motto lautet: Die Unternehmen sind schuld an der Arbeitslosigkeit. Ihnen wird vorgeworfen, gesellschaftlich verantwortungslos zu handeln, wenn sie um der Gewinnerzielung willen Beschäftigung abbauen und – als „vaterlandslose Gesellen“ – Arbeitsplätze ins Ausland verlagern.

Folgende Fragen werden bei solchen Schuldzuweisungen üblicherweise ausgeblendet: Wie stünde es um die moralische Verantwortung der Unternehmensmanager, wenn sie nicht auf eine angemessene Rendite für das ihnen anvertraute Kapital achten würden? Sind es wirklich die hohen Gewinne der Unternehmen, die die Arbeitsplätze in Deutschland gefährden? Könnte es sein, dass Auslandsinvestitionen inländische Beschäftigung sicherer machen? Welche Rahmenbedingungen sind dafür verantwortlich, dass sich vor allem im Segment geringer Berufsqualifikationen eine massenhafte Dauerarbeitslosigkeit verfestigt hat?

Zwischenfazit: Diese moralisierenden Argumentationsmuster weisen eine wichtige Gemeinsamkeit auf. In allen drei Fällen werden Bürger von Politikern beschimpft für Verhaltensweisen, die nichts anderes sind als eine rationale Reaktion auf (Fehl-)Anreize, die die Politik selbst gesetzt hat. Das System versagt, nicht einzelne Personen im System. Deshalb ist Schuld als moralische Kategorie hier unangemessen. Die kausale Zurechnung unerwünschter Systemergebnisse auf eine angeblich charakterlich bedingte Verantwortungslosigkeit führt in die Irre.

Nota bene: Die gleichen Überlegungen sprechen gegen eine Politikerschelte. Auch hier wird man den Problemen – und den handelnden Personen! – eher gerecht, wenn man Fehlverhalten auf Fehlanreize zurückführt. Solche Fehlanreize können nicht nur von der geschriebenen Verfassung ausgehen, sondern auch vom politischen Diskurs der demokratischen Öffentlichkeit. Wenn es hier zu verkehrten Weichenstellungen kommt, strebt der Politikprozess in die falsche Richtung. Einzelne Politiker geraten dann in eine Situation, in der sie wider besseres Wissen handeln (müssen) und sich genötigt fühlen, mit den Wölfen zu heulen.

3. Diskursblockaden

In Deutschland besteht eine mittlerweile besorgniserregende Diskrepanz zwischen dem Niveau der politischen Auseinandersetzung und der Sachdimension gesellschaftlicher Herausforderungen. Die öffentlichen Debatten sind weitgehend abgekoppelt von den Diskursen der Fachleute. Insbesondere ökonomischen Argumenten fehlt zunehmend ein gesellschaftlicher Resonanzboden.

Ein deutlicher Beleg dafür ist, dass der Begriff „Humankapital“ zum Unwort des Jahres erklärt werden konnte.⁴ Mit diesem Begriff verbinden Fachleute seit je her die Aufforderung,

⁴ Vgl. Schlosser (2005). Zur Begründung hieß es (ebd.): „Zum 14. Mal seit 1991 ist das „Unwort des Jahres“ gewählt worden. Für 2004 entschied sich die Unwort-Jury für den Begriff Humankapital. Der Gebrauch dieses Wortes aus der Wirtschaftsfachsprache breitet sich zunehmend auch in nichtfachlichen Bereichen aus und fördert damit die primär ökonomische Bewertung aller denkbaren Lebensbezüge, wovon auch die aktuelle Politik immer mehr beeinflusst wird. Humankapital degradiert nicht nur Arbeitskräfte in Betrieben, sondern Menschen überhaupt zu nur noch ökonomisch interessanten Größen. Bereits 1998 hat die Jury Humankapital als

in Menschen zu investieren. Etwas Humaneres kann man sich ja eigentlich gar nicht vorstellen. Welch riesige Missverständnisse stehen da also im Raum, wenn ein solcher Begriff – unter beträchtlichem Beifall der Öffentlichkeit – moralisch zu diskreditieren versucht wird?

Ähnlich bedenklich ist die Klassenkampf-Rhetorik, die immer noch glauben machen will, zwischen Arbeit und Kapital bestehe ein eherner Interessengegensatz. Hier werden einfach seit dem 19. Jahrhundert antrainierte Argumentationssequenzen abgespult, ohne sich von der Realität irritieren zu lassen. In Wirklichkeit aber gilt: Kapital und Arbeit sind Komplementärfaktoren. Arbeit wird durch Kapital produktiv. Mit einer hohen Kapitalausstattung lassen sich hohe Löhne verdienen. Deshalb ist das ökonomische ABC so auszubuchstabieren: Arbeit Braucht Capital.

Reich an normativen Kurzschlüssen ist auch die Globalisierungsdebatte. Unter Beibehaltung der (prinzipiell verfehlten) Klassenkampf-Rhetorik werden nun einfach die Fronten gewechselt. An die Stelle der dualistischen Wahrnehmung eines ehernen Konflikts zwischen Arbeit und Kapital tritt zunehmend eine wiederum dualistische Konfliktwahrnehmung des Verhältnisses zwischen inländischer und ausländischer Arbeit. Dabei gerät manches durcheinander. Rhetorisch fordert man Solidarität, um sie faktisch zu verweigern: Nüchtern betrachtet, ist der Vorwurf des „Lohndumping“ doch nichts anderes als ein Versuch, armen Menschen den einzigen komparativen Vorteil aus der Hand zu schlagen, mittels dessen sie sich aus ihrer Armut herausarbeiten können – durch Integration in eine weltweit marktlich verfasste Zusammenarbeit, von der gerade Deutschland so nachhaltig profitiert.

Ein weiteres Indiz für das diagnostizierte Defizit öffentlicher Problemdiskussion ist ein Artikel, den Günter Grass jüngst in der ZEIT (19/2005) veröffentlicht hat. Hier dokumentiert ein Nobelpreisträger für Literatur ökonomischen Analphabetismus. Sein Artikel enthält ein Sammelsurium aus Verschwörungstheorien und personalisierenden Schuldzuweisungen. Missliebige Systemergebnisse werden auf missliebige Motive zurückgeführt. Der Tenor: Die Krise Deutschlands sei verursacht durch ein Komplott profitsüchtiger Unternehmen, die sich aus reiner Willkür der Unterlassung schuldig machen, nicht genügend Arbeitsplätze zu schaffen.⁵ – Solch groteske Kausalzurechnungen können einem Gebildeten vielleicht nur deshalb unterlaufen, weil es in Deutschland offenbar nicht zum Bildungskanon gehört, ein elementares Verständnis der Funktionsweise von Märkten verfügbar zu haben. So kommt es zu moralischen Vorbehalten, die ausgerechnet jene Systemprozesse unterminieren, durch welche moralische Anliegen auf breiter Front zur Geltung gebracht werden (können).

Umschreibung für die Aufzucht von Kindern gerügt. Aktueller Anlass ist die Aufnahme des Begriffs in eine offizielle Erklärung der EU, die damit die „Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie das Wissen, das in Personen verkörpert ist“, definiert (August 2004).“

⁵ Vgl. Grass (2005) sowie die pointierte Replik von Schröder (2005). Bereits Grass (1990, 1999) hatte sich mit scharfen Worten gegen die deutsche Einheit gewandt. Damals schrieb er, die Ostdeutschen erführen „nun das Diktat profitorientierter Kolonialherren, die hier zugreifen, dort abwarten und erst dann zu investieren bereit sind, wenn ihnen die Konkursmasse DDR zum Schleuderpreis zugefallen sein wird“ (ebd.; S. 44 f.). An dieser Diagnose hält Grass (2005, S. 1) unverändert fest: „Nachdem die Treuhand ihr Schnäppchengeschäft gemacht hatte, verweigerten die westdeutschen Industrie und desgleichen die Banken notwendige Investitionen, Kredite und also das Schaffen von Arbeitsplätzen“. Für ihn besteht das Problem darin, dass sich die Unternehmer – im „Rückgriff auf die menschenverachtende Praxis des Frühkapitalismus“ (ebd.) – nun auch gegenüber den westdeutschen Arbeitnehmern so verhalten, wie sie sich seit der Einheit, die Grass unverändert als „Anschluss“ (ebd.) bezeichnet, gegenüber den ostdeutschen Arbeitnehmern verhalten haben, nämlich im Modus der Unterlassung. Grass (2005; S. 1): „Mit der seit Jahren konstant hohen Zahl von Arbeitslosen, die nun bei fünf Millionen liegt, und der gleichfalls konstanten Weigerung der Unternehmer, trotz nachweislich hoher Renditen, besonders im Exportbereich, neue Arbeitsplätze zu schaffen, hat sich die Hoffnung auf Vollbeschäftigung verflüchtigt.“

Doch auch hier gilt: Der einzelnen Person ist kaum ein Vorwurf zu machen. Das Problem hat strukturelle Ursachen. Der Artikel von Grass ist Beleg einer Bildungsmisere. Er lässt auf gravierende Versäumnisse und Fehlleistungen in Schulen und Hochschulen sowie im Wissenschaftsbetrieb schließen: Zahlreiche Bürger – und sogar Intellektuelle – leben im marktwirtschaftlichen System, ohne sich darin auszukennen. Aber (wie lange) ist es einer Gesellschaft möglich, Wohlstand zu konsumieren, wenn sie nicht weiß, worauf er beruht?

4. Manager-Gehälter: Niveau versus Struktur

Einen weiteren Beleg für die Diskrepanz zwischen Sachproblem und Diskursniveau bietet die Debatte um die Gehälter der Manager. Das Sachproblem lautet: Wie justiert man die Rechte und Pflichten zwischen Vorstand, Aufsichtsrat, Aktionären und sonstigen Anspruchsgruppen? Wie setzt man Anreize, damit Manager nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig am Erfolg des ihnen anvertrauten Unternehmens interessiert sind? An welche Indikatoren knüpft man die variablen Bestandteile der Manager-Gehälter?

Diese Diskussion um „Corporate Governance“ wird weltweit geführt.⁶ Sie ist von großer Bedeutung, weil Kapitalmärkte nur dann wirklich gut funktionieren, wenn die Aktionäre den Managern begründet vertrauen können. In der Fachdiskussion stehen somit zwei Aspekte im Vordergrund: die Struktur der Gehälter und die Transparenz dieser Struktur. Zentral geht es um eine Offenlegungspflicht, so dass Aktionäre Aufschluss erhalten über die konkreten Anreize der Manager. Ziel ist, die Anreizstrukturen unterschiedlicher Unternehmen miteinander vergleichbar zu machen. Das würde Lernprozesse in Gang setzen und Kapitalmärkte besser funktionieren lassen.

Im Vordergrund der öffentlichen Diskussion in Deutschland jedoch steht die Höhe der Manager-Gehälter. Man streitet über den „gerechten Preis“ und unterbietet dabei konsequent alle Standards, die seit dem 16. Jahrhundert das Niveau der Fachdiskussion bestimmen. Damals bereits gelangte die Schule von Salamanca zu der Einsicht, dass die Gerechtigkeit eines Preises nicht an seiner Höhe, sondern an der Fairness des Verfahrens abzulesen ist, durch das er zustande kommt.⁷

Zudem wird in der Debatte der Eindruck erweckt, als könnten mehr Arbeitsplätze geschaffen bzw. die Löhne angehoben werden, wenn nur die Manager nicht so gierig wären. Das ist absurd. In Wirklichkeit geht es darum, die Aktionäre – im Klartext: die Kapitalisten! – zu schützen. Den Arbeitnehmern und auch den anderen Anspruchsgruppen käme dies freilich indirekt ebenfalls zugute. Unternehmen wie Enron oder Worldcom haben ihre Existenz schließlich nicht deshalb eingebüßt, weil die Manager zu hohe Gehälter bezogen haben, sondern weil Fehlanreize ein Fehlverhalten nach sich gezogen haben, das man im Interesse aller Anspruchsgruppen eines Unternehmens in Zukunft lieber vermeiden möchte. Es geht um geeignete institutionelle Vorkehrungen, die Vertrauen aufbauen, damit Kapitalmärkte zum Wohle aller besser funktionieren.

⁶ Zum Stand der Diskussion vgl. die Studie von Jensen und Murphy (2004).

⁷ Zur Schule von Salamanca vgl. Melé (1999). Bereits im 16. Jahrhundert entwickelten die Mitglieder dieser Schule eine klare Vorstellung davon, dass Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen und dass faire Wettbewerbsbedingungen zu einem fairen Preis führen.

5. Was gefährdet die Demokratie?

Der Begriff „Kapitalismusdebatte“ weckt zahlreiche Assoziationen, anderthalb Jahrhunderte nach dem Kommunistischen Manifest. Aber die Zeiten haben sich geändert. Und Franz Müntefering ist nicht Karl Marx. Er thematisiert nicht eine strukturelle Ausbeutung im System, und schon gar nicht fordert er eine Expropriation der Expropriateure. In der von ihm angestoßenen Debatte geht es um eine mögliche Gefährdung der Demokratie durch Kapitalismus. Das ist neu.

Münteferings Argument besagt, dass bestimmte Verhaltensmuster der Unternehmen die Demokratie gefährden, weil sie die Politiker schlecht aussehen lassen und es ihnen unmöglich machen, die Erwartungen der Bürger zu erfüllen.⁸ Daher das lamentierende Beharren auf einem Primat der Politik. Daher auch der mit moralischen Appellen – und im Tonfall gelegentlich aggressiv – vorgetragene Wunsch, die Wirtschaft möge sich den Anweisungen der Politik fügen und für mehr Beschäftigung sorgen.

Zunächst zur Faktenlage: Das Allensbach-Institut hat ermittelt, dass das Ansehen von Demokratie und Marktwirtschaft im Jahr 2004 einen Tiefpunkt erreicht hat. Von den Bürgern in den neuen Bundesländern sind nur noch 29% der Meinung, dass Demokratie die beste Staatsform ist. 32% glauben, dass es bessere Staatsformen gibt. Und die Zustimmungsrate zur sozialen Marktwirtschaft ist von 77% im Jahr 1990 auf mittlerweile 18% gesunken.⁹

Trotz des medial inszenierten Spektakels: Es handelt sich also um ein durchaus ernstes Problem. Nur leider fehlt es der Debatte vielfach an Ernsthaftigkeit. Sie wird unter Niveau geführt.

Die Demokratie in Deutschland wird nicht durch entfesselte Märkte gefährdet, wie einige Politiker und Leitartikler glauben machen wollen. Und auch nicht durch die Un(ge)schicklichkeiten einzelner Unternehmen oder Manager. Solche Diagnosen sind schlicht falsch. Und die Therapien, die aus ihnen folgen würden, sind zudem auch noch undurchführbar. Insofern sollte es stutzig machen, dass die gleichen Leute im selben Atemzug beklagen, angesichts der Globalisierung fehle es (ihnen) an Macht, gegenüber der Wirtschaft das durchzusetzen, was sie sich unter einem Primat der Politik vorstellen.

Nicht global vermeintlich entfesselte Märkte für Güter und Dienstleistungen sind das Problem, sondern der gefesselte Arbeitsmarkt. Seine Funktionsweise wird in Deutschland durch sozialpolitische Regulierungen ungewollt so sehr außer Kraft gesetzt, dass es in bestimmten Segmenten der Arbeitnehmerschaft zu dauerhafter Massenarbeitslosigkeit kommt und die öffentlichen Finanzen aus dem Ruder laufen. Diese Doppelkrise führt auf breiter Front zu einer Erosion von Systemvertrauen. Marktwirtschaft und Demokratie verlieren gemeinsam an Ansehen. Der Grund: mangelnde Problemlösungskompetenz und

⁸ Vgl. Müntefering (2005; S. 5 f.): „Die international forcierten Profit-Maximierungs-Strategien gefährden auf Dauer unsere Demokratie. ... Unsere Kritik gilt der international wachsenden Macht des Kapitals und der totalen Ökonomisierung eines kurzatmigen Profit-Handelns. Denn dadurch geraten einzelne Menschen und die Zukunftsfähigkeit ganzer Unternehmen und Regionen aus dem Blick. Und die Handlungsfähigkeit der Staaten wird rücksichtslos reduziert. Im Ergebnis wird damit die Reputation des Staates bei seinen Bürgerinnen und Bürgern dramatisch belastet, weil er nicht mehr in die Lage ist, die von ihm erwartete Interessenwahrung hinreichend zu leisten.“

⁹ Vgl. Anhang 3.

eskapistisches Ausweichen in gedankenarme Aktionswut. So wird politische Legitimation verspielt.

Was folgt aus dieser Diagnose hinsichtlich möglicher Therapien?

Erstens: Personalisierende Schuldzuweisungen helfen nicht weiter. Sie sind Symptom der Krankheit, als deren Heilung sie sich ausgeben. Denn sie sorgen für genau jene unselige Kombination von hohem Empörungsaufwand und niedrigem Erkenntnisertrag, der die öffentlichen Debatten normativ kurzschließt und damit mental blockiert. Vor einer solchen Moralkommunikation kann Ethik nur warnen.

Zweitens: In der Demokratie bekommt die Öffentlichkeit à la longue genau die Art von Politik, die sie einfordert. Der Diskurs setzt Anreize im Politikprozess. Wird öffentlich unter Niveau diskutiert, kann man auf Dauer keine Sachlösungen erwarten. Hier liegt das Problem – und folglich auch der Schlüssel zur Problemlösung: Der eigentliche Standortnachteil Deutschlands ist nicht das zu hohe Niveau der Löhne, sondern das zu niedrige Niveau der öffentlichen Auseinandersetzung um demokratische Politik.

Drittens: Dies ist kein Plädoyer für Laissez-faire, kein Plädoyer für einen Rückzug des Staates oder für einen Abbau von Solidarität und sozialer Sicherung. Ganz im Gegenteil: Es geht um eine intelligentere Sozial(ordnungs)politik, die das Potential institutionalisierter Solidarität produktiver zur Geltung bringt. Gegenüber dieser Anforderung zeugen die Reaktionen in der Öffentlichkeit – und deshalb auch in der Politik – freilich eher von Hilflosigkeit. Es fehlt an Orientierung.

Viertens: Dieses Problem ist hausgemacht. Und genau deshalb ließe sich etwas dagegen tun. Hier liegen wichtige Zukunftsaufgaben: Wo sind die Think Tanks, die Kommunikationslücken schließen? Wo sind die Mediatoren, die gesellschaftliche Funktionseliten an einen Tisch und miteinander ins Gespräch bringen? Wer übersetzt das für die breite Öffentlichkeit? Wer sorgt hier für Verständnisgrundlagen? Konsensbildung braucht Bildung. Welche Organisationen setzen und halten die hierfür nötigen Lernprozesse in Gang? Pointiert zugespitzt: Deutschland muss stärker auf zivilgesellschaftliche Selbstorganisation setzen, um öffentliche Selbstaufklärung zu betreiben, damit demokratische Selbststeuerung erfolgreich(er) wird.

Fazit

Die gegenwärtige „Kapitalismusdebatte“ tritt als Lösung auf und ist doch nur Teil eines strukturellen Problems: Deutschland befindet sich in einer politischen und wirtschaftlichen Doppelkrise. Die wird sich nur überwinden lassen, wenn eine öffentliche Verständigung darüber gelingt, welche Diagnosen und Therapien den realen Problemen angemessen sind. Hierbei kann (Wirtschafts-)Ethik einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie vor moralisierenden Kurzschlüssen warnt und hilft, die richtigen Fragen zu stellen.¹⁰

¹⁰ Vgl. hierzu Pies und Meyer zu Schwabedissen (2004) sowie Pies und Sardison (2005).

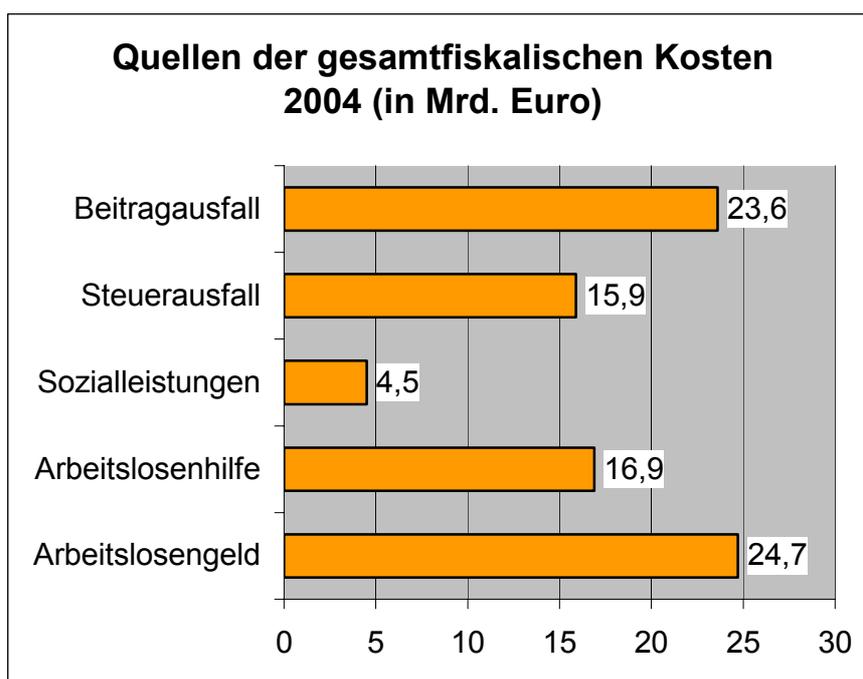
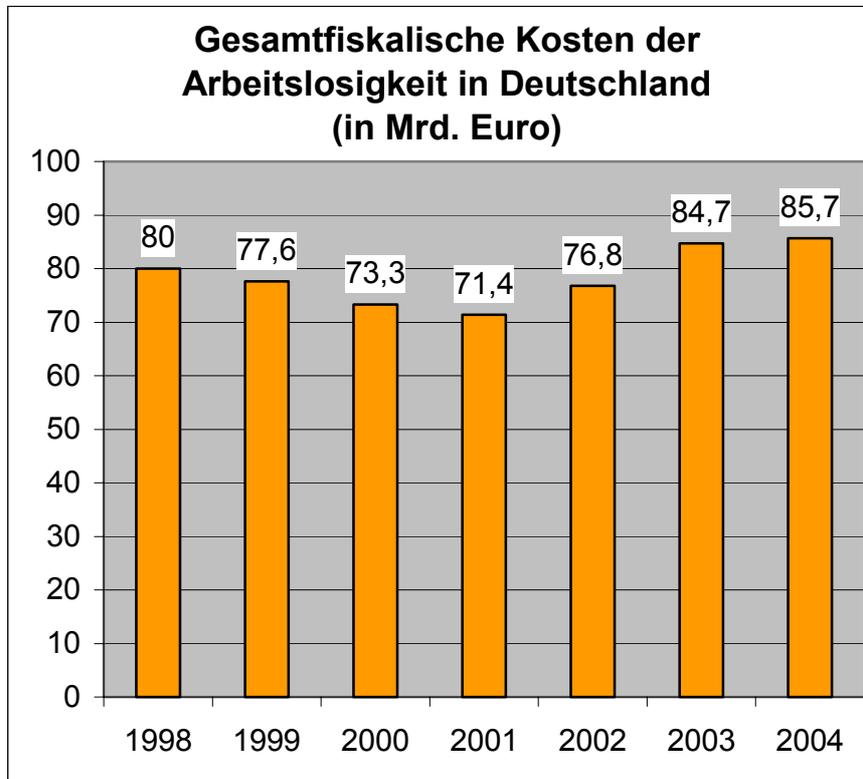
Literaturverzeichnis

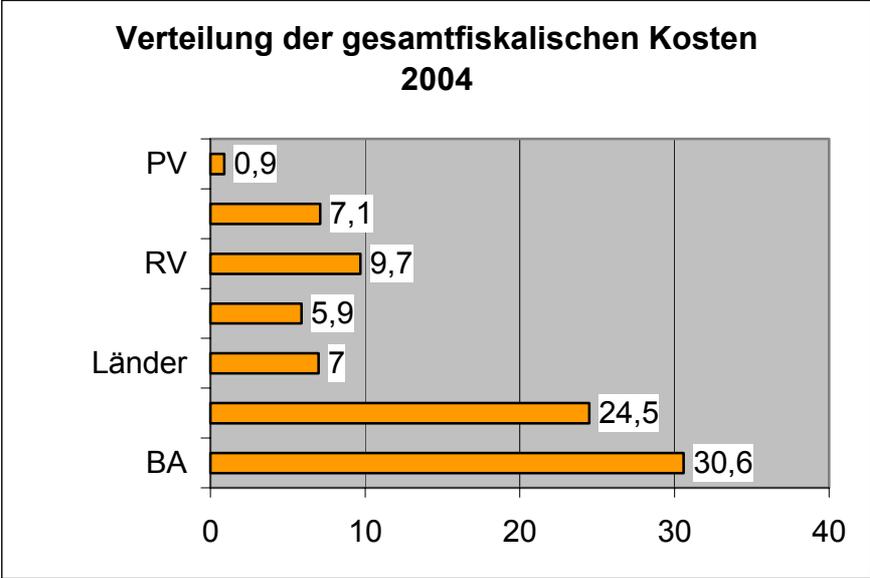
- Bach, Hans-Uwe und Eugen Spitznagel (2003): Gesamtfiskalische Modellrechnungen: Was kostet uns die Arbeitslosigkeit?, in: IAB Kurzbericht Nr. 10 vom 21.7.2003, im Internet unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2003/kb1003.pdf>
- Grass, Günter (1990, 1999): Ein Schnäppchen namens DDR, in: Ders.: Ein Schnäppchen namens DDR. Letzte Reden vorm Glockengeläut, München, 2. Auflage, S. 39-60.
- Grass, Günter (2005): Freiheit nach Börsenmaß. Die Politik ist machtlos gegen die Ökonomie. Das gefährdet die deutsche Demokratie. In: Die ZEIT Nr. 19 vom 5. Mai 2005, S. 1f.
- Jensen, Michael C. und Kevin J. Murphy (2004): Remuneration: Where we've been, how we got there, what are the problems, and how to fix them, Finance working paper No. 44/2004, hrsg. vom European Corporate Governance Institute (ecgi), im Internet unter: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=561305
- Melé, Domènec (1999): Early Business Ethics in Spain: The Salamanca School (1526-1614), in: Journal of Business Ethics 22, S. 175-189.
- Müntefering, Franz (2005): Rede des SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering auf dem 3. Programmforum der SPD „Demokratie. Teilhabe, Zukunftschancen, Gerechtigkeit“ am Mittwoch, dem 13. April 2005, Willy-Brandt-Haus, Berlin.
- Pies, Ingo und Henry Meyer zu Schwabedissen (2004): Ethik und Ökonomik: Ein Widerspruch?, in: Ethik in der Krise – Ethik für die Krise, hrsg. von Wolfgang Bergsdorf et al., Weimar 2004, S. 83-97.
- Pies, Ingo und Markus Sardison (2005): Wirtschaftsethik, Discussion Paper No. 05-2, hrsg. vom Forschungsinstitut des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik in Zusammenarbeit mit dem Lehrstuhl für Wirtschaftsethik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Stiftung Leucorea in Wittenberg (ISBN 3-86010-768-2), Wittenberg 2005.
- Reinberg, Alexander und Markus Hummel (2003): Geringqualifizierte. In der Krise verdrängt, sogar im Boom vergessen, in: IAB Kurzbericht Nr. 19 vom 11.11.2003, im Internet unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2003/kb1903.pdf>
- Sachverständigenrat (2003): Jahresgutachten 2003/04. "Staatsfinanzen konsolidieren - Steuersystem reformieren", Veröffentlicht am 12.11.2003, im Internet unter: <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/ga-content.php?gaid=1&node=f>
- Schlosser, Horst D. (2005): Medienmitteilung. Unwort des Jahres gewählt, veröffentlicht am 18. 1. 2005, im Internet unter: <http://www.unwortdesjahres.org/>
- Schröder, Richard (2005): Günter Grass sieht Gespenster. Von wegen „Freiheit nach Börsenmaß“, in: Die ZEIT Nr. 20 vom 12. Mai 2005, S. 8.

Anhang 1:

Höhe, Struktur und Verteilung der gesamtfiskalischen Kosten durch registrierte Arbeitslosigkeit in Deutschland

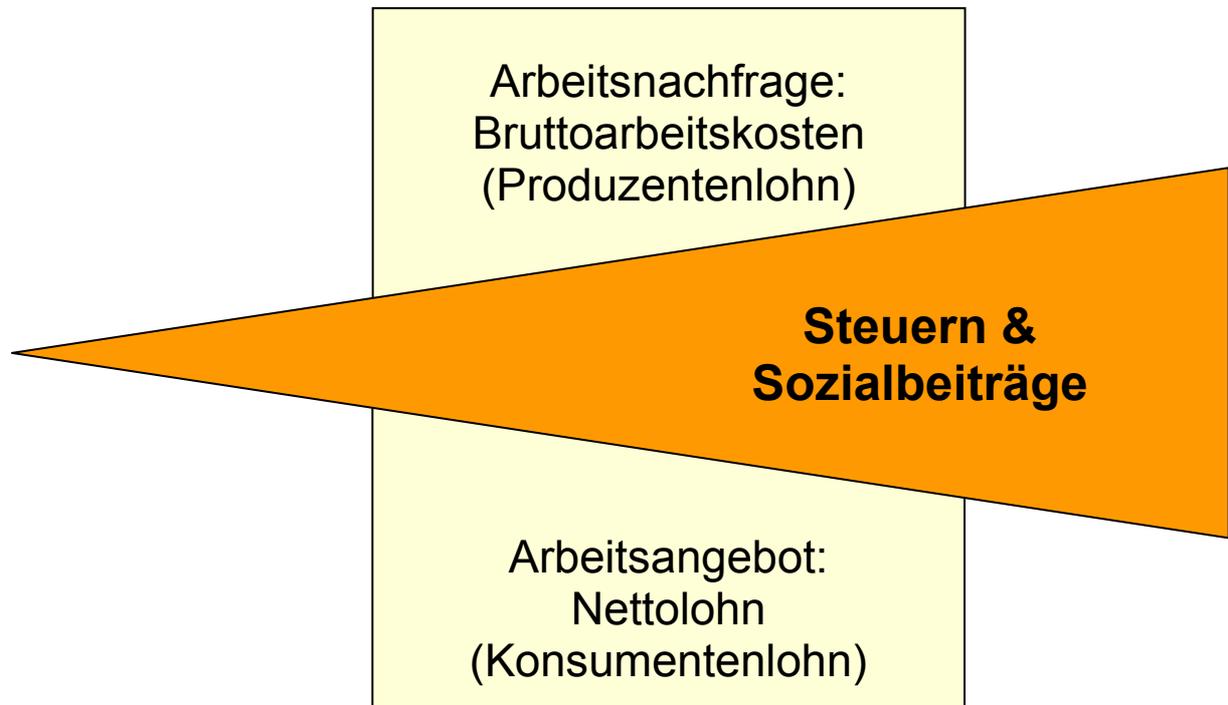
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
http://doku.iab.de/presse/2005/info_KostenALO2004.pdf



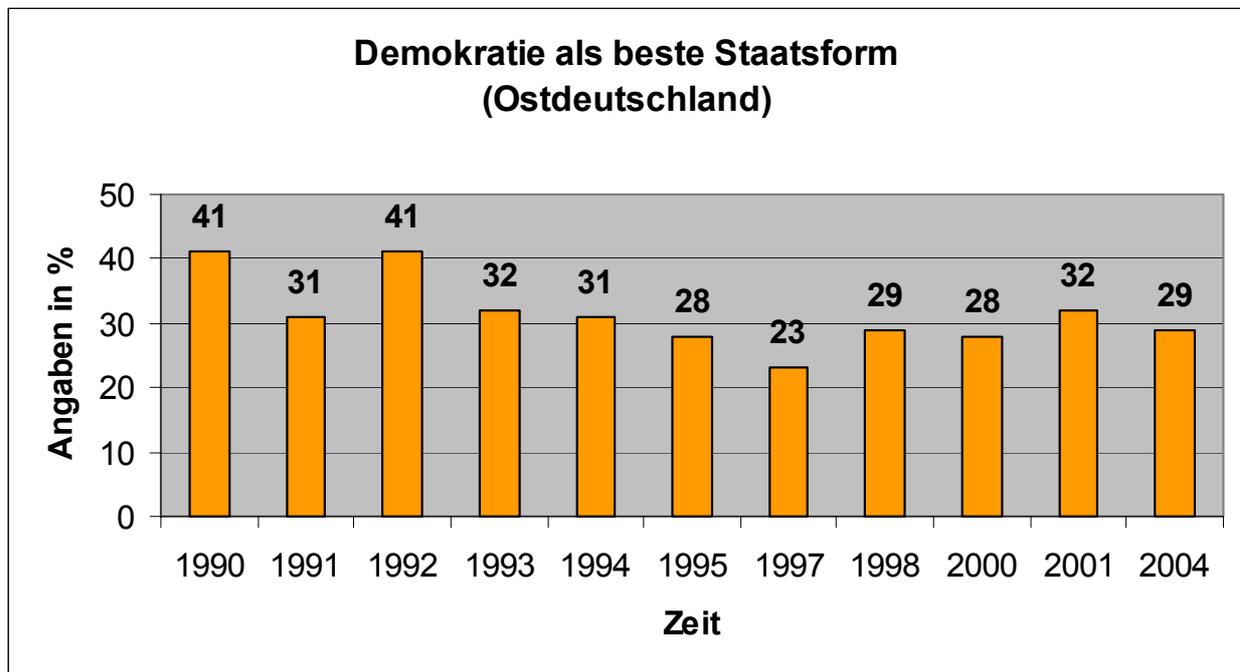


Anhang 2:

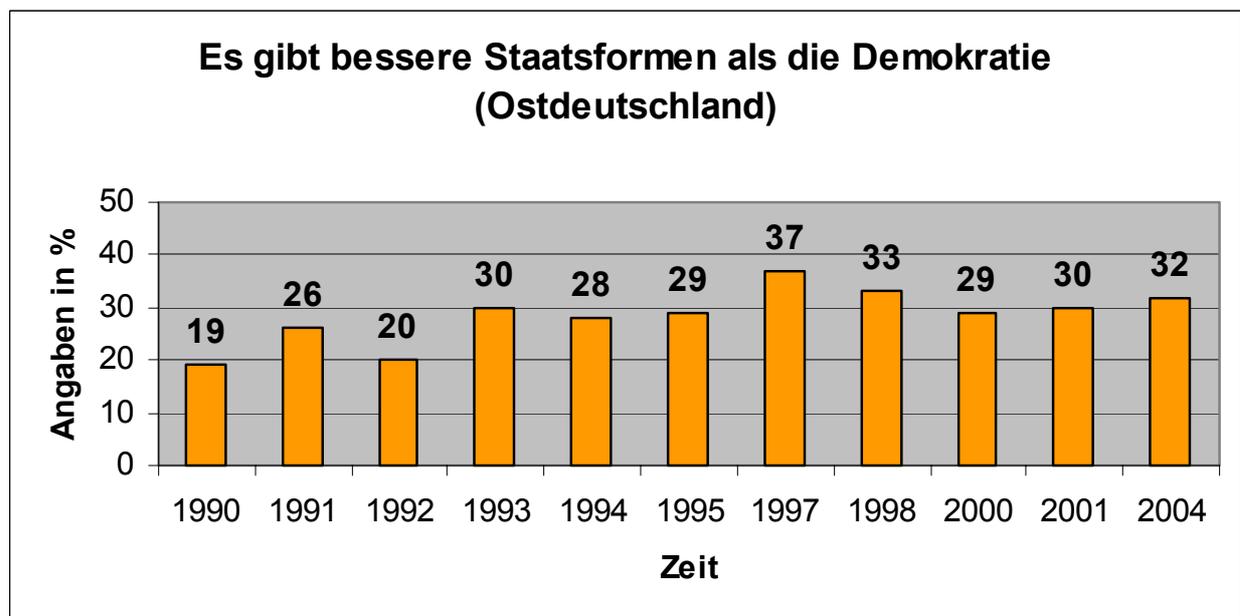
Der Keil zwischen Produzentenlohn und Konsumentenlohn



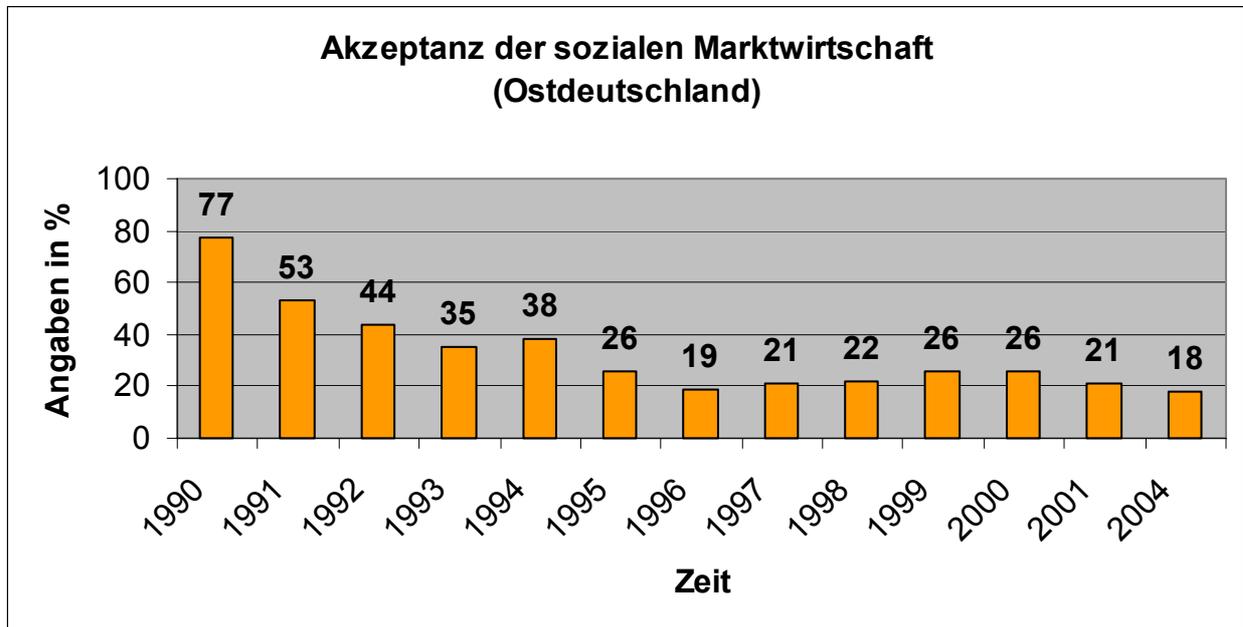
Anhang 3:
Zur Erosion von Legitimation



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 7058



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 7058



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 7059, August 2004

DISKUSSIONSPAPIERE

- Nr. 05-7 **Ingo Pies**
Was gefährdet die Demokratie? – Eine kritische Stellungnahme zur Kapitalismusdebatte in Deutschland
- Nr. 05-6 **Martin Petrick, Ingo Pies**
In Search for Rules that Secure Gains from Cooperation: The Heuristic Value of Social Dilemmas for Normative Institutional Economics
- Nr. 05-5 **Stefan Hielscher, Ingo Pies**
Internationale Öffentliche Güter – Ein neues Paradigma der Entwicklungspolitik
- Nr. 05-4 **Ingo Pies, Peter Sass**
Selbstverpflichtung als Instrument der Korruptionsprävention bei Infrastrukturprojekten
- Nr. 05-3 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik – Der Beitrag von Karl Marx
- Nr. 05-2 **Ingo Pies, Markus Sardison**
Wirtschaftsethik
- Nr. 05-1 **Johanna Brinkmann, Ingo Pies**
Corporate Citizenship: Raison d’être korporativer Akteure aus Sicht der ökonomischen Ethik
- Nr. 04-14 **Markus Sardison**
Macht - eine interaktionsökonomische Betrachtung
- Nr. 04-13 **Ingo Pies, Alexandra von Winning**
Wirtschaftsethik
- Nr. 04-12 **Markus Beckmann, Ingo Pies**
Sustainability by Corporate Citizenship
- Nr. 04-11 **Markus Beckmann, Johanna Brinkmann, Valerie Schuster**
10 Thesen zu Corporate Citizenship als Ordnungsverantwortung – Ein interaktionsökonomisches Forschungsprogramm
- Nr. 04-10 **Ingo Pies**
Nachhaltige Politikberatung: Der Ansatz normativer Institutionenökonomik
- Nr. 04 – 9 **Markus Beckmann, Thomas Mackenbrock, Ingo Pies, Markus Sardison**
Mentale Modelle und Vertrauensbildung – Eine wirtschaftsethische Analyse
- Nr. 04 - 8 **Thomas Fitschen**

Der „Global Compact“ als Zielvorgabe für verantwortungsvolles Unternehmertum – Idee mit Zukunft oder Irrweg für die Vereinten Nationen?

- Nr. 04 - 7 **Andreas Suchanek**
Überlegungen zu einer interaktionsökonomischen Theorie der Nachhaltigkeit
- Nr. 04 - 6 **Karl Homann**
Gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Philosophische, gesellschaftstheoretische und ökonomische Überlegungen
- Nr. 04 - 5 **Ingo Pies**
Wirtschaftsethik als Beitrag zur Ordnungspolitik – Ein interdisziplinäres Forschungsprogramm demokratischer Politikberatung
- Nr. 04 - 4 **Henry Meyer zu Schwabedissen/ Ingo Pies**
Ethik und Ökonomik: Ein Widerspruch?
- Nr. 04 - 3 **Ingo Pies**
Theoretische Grundlagen demokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik
Der Beitrag Milton Friedmans
- Nr. 04 - 2 **Ingo Pies / Cora Voigt**
Demokratie in Afrika – Eine wirtschaftsethische Stellungnahme zur Initiative „New Partnership for Africa’s Development“ (NePAD)
- Nr. 04 - 1 **Ingo Pies / Markus Sardison**
Ethik der Globalisierung: Global Governance erfordert einen Paradigmawechsel vom Machtkampf zum Lernprozess
- Nr. 03 - 7 **Ingo Pies**
Korruption: Diagnose und Therapie aus wirtschaftsethischer Sicht
- Nr. 03 - 6 **Ingo Pies**
Sozialpolitik und Markt: eine wirtschaftsethische Perspektive
- Nr. 03 - 5 **Johanna Brinkmann/ Ingo Pies**
Der Global Compact als Beitrag zu Global Governance: Bestandsaufnahme und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 03 - 4 **Karl Homann**
Braucht die Wirtschaftsethik eine „moralische Motivation“?
- Nr. 03 - 3 **Ingo Pies**
Weltethos versus Weltgesellschaftsvertrag – Methodische Weichenstellungen für eine Ethik der Globalisierung
- Nr. 03 - 2 **Ingo Pies**
GLOBAL SOCIAL CONTRACT
On the road to an economically-sound Ethics of Globalization

Nr. 03 - 1 **Ingo Pies**
WELT-GESELLSCHAFTs-VERTRAG: Auf dem Weg zu einer ökonomisch
fundierten Ethik der Globalisierung

Autoren:

Prof. Dr. Ingo Pies

Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Forschungsgebiete: Wirtschaftsethik, Institutionenökonomik, Ordnungspolitik und Global
Governance, Corporate Citizenship